



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Planungsbüro Wolff GbR
Friedrich-Ebert-Str. 88
14467 Potsdam

Bearb.: Frau Andrea Barenz
Gesch.-Z.: LFU-TOEB-
3700/597+1#461303/2025
Hausruf: +49 355 4991-1332
Fax: +49 331 27548-2659
Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 05.06.2025

Flächennutzungsplan für das Gemeindegebiet Tauche
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 05.05.2025
- Begründung, 01/2025
- Planzeichnung, 01/2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen übergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 05.06.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Flächennutzungsplan der Gemeinde Tauche
Ansprechpartner*In: Telefon: E-Mail:	Frau Hoffmann 0355 4991 1345 TOEB@lfu.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können
(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

b) Rechtsgrundlage

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Sachstand:

Flächennutzungsplan Tauche, Vorentwurf Januar 2025

Räumlicher Geltungsbereich: ca. 12.160 ha

Stellungnahme:

Rechtsgrundlagen

§ 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

§ 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)

Genehmigungsbedürftige Anlagen nach BImSchG in der Gemeinde Tauche

Folgende genehmigungsbedürftige Anlagen befinden sich innerhalb des Gemeindegebietes (rot = Änderungen zur letzten Stellungnahme des LfU, Belang Immissionsschutz):

Ortsteil	Betriebsstätten-Name	Bezeichnung	Ostwert	Nordwert	Nr. 4. BImSchV
Giesensdorf	Agrargenossenschaft "Goldene Ähre" Giesensdorf eG	Rinderanlage	440480	5776520	7.1.5V
Giesensdorf	Biogas GmbH Giesensdorf	Biogasanlage	440600	5776460	8.6.3.2V
Lindenberg	Lindberger Zuchtsauen GmbH	Sauenanlage	438571	5782225	7.1.8.1EG
Lindenberg	Kiesewetter GmbH	Lagerung und Behandlung von Holzabfällen	438830	5783910	8.12.2V
Mittweide	BGT Biogasanlage Trebatsch GmbH	Biogasanlage	442425	5768760	8.6.3.2V
Ranzig	Agrargenossenschaft Ranzig eG	Rinderanlage	443922	5773786	7.1.5V
Stremmen	Agrargenossenschaft Ranzig eG	Rinderanlage	442434	5775538	7.1.5V
Stremmen	Agrargenossenschaft Ranzig eG	Sauen-, Mastschweineanlage	443402	5776379	7.1.11.1EG
Tauche	AGRAVIS Ost GmbH & Co. KG	Schüttgosse I (Halle I+II)	442800	5777180	9.11.2V
Tauche	AGRAVIS Ost GmbH & Co. KG	Schüttgosse II (Halle III)	442858	5777180	9.11.2V
Trebatsch	Agrargesellschaft Trebatsch-Mittweide mbH	Rinderanlage	443628	5770277	7.1.5V
<i>im Genehmigungsverfahren</i>					
Trebatsch	EWE Netz GmbH	Flüssiggastank	442268	5768813	9.1.1.2V

Die Anlagen in Lindenberg wurden im Jahr 2024 wieder in Betrieb genommen.

Weiterhin befinden sich mehrere nicht genehmigungsbedürftige Tierhaltungsanlagen sowie nicht genehmigungsbedürftige gewerbliche Anlagen im Gemeindegebiet.

Innerhalb des Gemeindegebietes befinden sich keine Anlagen, welche den Anforderungen der 12. BImSchV (Störfallverordnung) unterliegen.

Allgemeine Hinweise zur Flächennutzungsplanung

Gemäß § 50 Satz 1 BImSchG sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen im Sinne des Artikel 3 Nummer 13 der Richtlinie 2012/18/EU in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere öffentlich genutzte Gebiete, wichtige Verkehrswege, Freizeitgebiete und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete und öffentlich genutzte Gebäude, soweit wie möglich vermieden werden.

Für gewachsene Gemengelagen gelten das Verbesserungsgebot, das Verschlechterungsverbot sowie das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme. Bei Neuplanungen ist das Entstehen von Gemengelagen zu vermeiden. Hier ist der o.g. Vorsorgegrundsatz zu beachten.

Immissionsschutzrechtliche Konflikte können insbesondere hervorgerufen werden

- im Wohnbereich entlang der Hauptverkehrswege – Bundesstraße B 87, B 246, Landesstraßen L 42, L 442, L 443), Bahnstrecke Königs Wusterhausen – Frankfurt (Oder)
- im Nachbarschaftsbereich von Wohnnutzungen zu nicht wohngebietstypischen Handwerks- bzw. Gewerbebetrieben / Tierhaltungsanlagen
- zwischen gewerblichen Bauflächen und angrenzenden Wohngebieten

Die im Gemeindegebiet von Tauche vorhandenen/geplanten gewerblichen/industriellen Anlagen bzw. Tierhaltungsanlagen sind geeignet, schädliche Umwelteinwirkungen i.S.d. § 3 BImSchG für die angrenzenden Wohnnutzungen hervorzurufen. Auswirkungen sind insbesondere durch Geräuschemissionen, Luftverunreinigungen, Gerüche und die Erschließung zu erwarten.

Zur Vermeidung erheblicher Belästigungen durch Gerüche sind bei Neuplanungen Sicherheitsabstände zwischen Tierhaltungsanlagen und Wohngebieten einzuhalten, die auf der Grundlage technischer Regelungen zu ermitteln sind.

Bei der Neuplanung von Wohngebieten bzw. Gewerbe-/Industriegebieten sollten i.d.R. zur Vermeidung von Konflikten Mindestabstände zwischen Emissionsquellen und schutzbedürftigen Nutzungen berücksichtigt werden. Hierzu wird u.a. auf die DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“, Kap. 5.2.3, Tabelle 2, verwiesen. Sofern diese Abstände nicht eingehalten werden können, ist die immissionsseitige Vereinbarkeit im jeweiligen verbindlichen Bauleitplanverfahren anhand detaillierter Immissionsprognosen zu prüfen und nachzuweisen.

Umweltprüfung

Von der Planung werden immissionsschutzrechtliche und störfallrechtliche Belange innerhalb der Zuständigkeit des LfU berührt, da durch die Aufstellung des Flächennutzungsplanes u.a. gewerblich genutzte Flächen und Wohnbauflächen geplant werden sollen.

Innerhalb der Umweltprüfung zum FNP ist eine Bestandsaufnahme und Bewertung des Umweltzustandes durchzuführen. Die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Umwelt bei Durchführung der Änderungsplanung sind zu prognostizieren. Hierbei sind folgende Umweltziele des BImSchG und zugehöriger Verordnungen zu berücksichtigen:

- Schutz der Menschen, Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre, des Klimas sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen).
- Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen u. ä. Erscheinungen).

Ebenfalls können Vorkehrungen zum Immissionsschutz dargestellt werden, z.B. im Zusammenhang mit der Vermeidung der Ausweisung schutzbedürftiger Nutzungen (z.B. Wohnen, Erholung) unmittelbar angrenzend an Standorte mit Emittenten.

Durch die Ausweisung von Flächen als gewerbliche Bauflächen sind Geräuschemissionen (Gewerbe, Verkehr), Luftverunreinigungen (Luftschadstoffe, Staub, Geruch) und die Erhöhung des Verkehrsaufkommens (Straße) zu erwarten. Zudem bestehen bereits Vorbelastungen durch vorhandene gewerbliche Nutzungen wie u.a. in Lindenberg.

Die Vorbelastungen durch verkehrs- und gewerbebedingte Emissionen sind zu erfassen und zu bewerten. Die vorgenannten Aspekte sind im Rahmen der Umweltprüfung zu untersuchen und im Umweltbericht darzustellen.

Schwere Unfälle im Sinne des Artikel 3 Nr. 13 der Richtlinie 2012/18/EU

Dienen die geplanten gewerblichen Bauflächen der Ansiedlung von Anlagen mit einem Betriebsbereich nach § 3 Abs. 5a BImSchG, sind die Auswirkungen schwerer Unfälle im Sinne von § 50 BImSchG in die Betrachtungen der Auswirkungen aufzunehmen. Grundlage hierfür ist der Leitfaden KAS 18 "Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfallverordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung zur Umsetzung des § 50 BImSchG" (3. Fassung).

Aktuell befinden sich innerhalb des Gemeindegebietes keine dem LfU bekannten Anlagen mit einem Betriebsbereich nach § 3 Abs. 5a BImSchG, welche den Anforderungen der 12. BImSchV (Störfallverordnung) unterliegen.

Bisher wurden zu den Auswirkungen schwerer Unfälle keine Aussagen in den Planungsunterlagen zum Flächennutzungsplan getroffen. Die vorgenannten Aspekte sind im weiteren Verfahren im Rahmen der Umweltprüfung zu untersuchen und im Umweltbericht darzustellen.

Hinweise zu den Darstellungen des FNP

Allgemein - Darstellung von Einzelgebäuden im Außenbereich als Wohnbaufläche

Bedenken

Bestandsschutz vorhandener Windenergieanlagen bzw. vorhandener gewerblicher / landwirtschaftlicher Anlagen

Im LfU liegen teilweise aus den laufenden bzw. abgeschlossenen Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen / Tierhaltungsanlagen im/außerhalb des Gemeindegebietes Erkenntnisse zur Lärmbelastung/Geruchsbelastung von Immissionsorten in den jeweiligen Ortslagen vor. Dies betrifft insbesondere Immissionsorte in den Ortsteilen Lindenberg, Stremmen und Tauche. Die Einzelgebäude der jeweiligen Ortslagen wurden/werden überwiegend als Misch-/Dorfgebiet (Außenbereich) in den Genehmigungsverfahren berücksichtigt.

Die spätere Entwicklung der Flächen in den o.g. Ortsteilen über Bebauungspläne, die z.B. Allgemeine Wohngebiete festsetzen, ist nach Auffassung des LfU teilweise nicht möglich, da u.a. die Immissionsrichtwerte der TA Lärm für Allgemeine Wohngebiete von 40 dB(A) nachts aufgrund der Vorbelastung durch Geräusche der genehmigten/geplanten Anlagen mitunter nicht eingehalten werden können.

Der o.g. Konflikt ist auch in Bereichen zu berücksichtigen, in denen nunmehr Wohnbauflächen mit einem höheren Schutzanspruch neben Tierhaltungsanlagen / gewerblichen Anlagen verortet sind, die in bisherigen Baugenehmigungsverfahren bzw. Genehmigungsverfahren nach BImSchG als gemischte Bauflächen / Dorfgebiete (Außenbereich) berücksichtigt wurden. Dies betrifft insbesondere bestehende Tierhaltungsanlagen, von denen u.a. Geruchsbelästigungen ausgehen können.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Bestandsschutz der Windenergieanlagen / Tierhaltungsanlagen im weiteren Verfahren zu berücksichtigen ist.

Briescht

Keine Bedenken

Falkenberg

Keine Bedenken

Giesendorf

Keine Bedenken – Fläche Planung westlicher Ortseingang

Eine Fläche (Fst. 378 – 380) unmittelbar nördlich der Rinderanlage wird als gemischte Baufläche im Bestand dargestellt. Eine Bebauung ist hier nicht vorhanden. Insofern hier eine schutzwürdige Wohnnutzung beabsichtigt ist, würde es sich um eine an die Rinderanlage heranrückende schutzbedürftige Nutzung handeln. Der Abstand zur Auslaufläche der Rinderanlage beträgt lediglich 43 m.

Sonderbaufläche Photovoltaik-Freiflächenanlage

Keine Bedenken

Görsdorf

Keine Bedenken

Kossenblatt

Keine Bedenken

Lindenberg

Bedenken – an schutzbedürftige Wohnnutzung heranrückende gewerbliche Baufläche

Die Darstellung eines Gewerbegebietes (Klein-Rietzer-Weg) unmittelbar neben einer Wohnbaufläche widerspricht dem Trennungsgrundsatz nach § 50 BImSchG. Wenn an der Darstellung festgehalten werden soll, lassen sich im Bereich der westlichen gewerblichen Baufläche lediglich eingeschränkte Gewerbegebiete mit dem Störgrad eines Mischgebietes entwickeln. Ein eingeschränktes Gewerbegebiet ist hier jedoch nicht dargestellt, sondern ein „normales“ Gewerbegebiet (GE).

Mit der Entwicklung einer ca. 11 ha großen gewerblichen Baufläche sind insbesondere Auswirkungen durch Geräuschemissionen (Gewerbe, Verkehr) und Luftverunreinigungen (Luftschadstoffe, Staub, Geruch) auf die Schutzgüter Mensch und Klima/Luft zu erwarten. Unmittelbar an der Hauptstraße befinden sich die nächstgelegenen Wohngebäude (Schutzanspruch Allgemeines Wohngebiet). Die immissionsseitige Vereinbarkeit ist unter der Berücksichtigung der bestehenden gewerblichen Vorbelastung im jeweiligen verbindlichen Bauleitplanverfahren zu prüfen und nachzuweisen.

Dient die gewerbliche Baufläche der Ansiedlung von Anlagen mit einem Betriebsbereich nach § 3 Abs. 5a BImSchG, sind die Auswirkungen schwerer Unfälle im Sinne von § 50 BImSchG in die Betrachtungen der Auswirkungen aufzunehmen. Grundlage hierfür ist der Leitfaden KAS 18 "Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfallverordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung zur Umsetzung des § 50 BImSchG" (3. überarbeitete Fassung).

Geplante gemischte Baufläche unmittelbar an der Hauptstraße (B 246), ggü. Bahnhofstraße

Die Fläche befindet sich im Einwirkungsbereich von Verkehrslärm der südlich/südwestlich angrenzenden B 246. Detaillierte Verkehrslärmuntersuchungen können in den sich anschließenden Verfahren durchgeführt werden.

Mittweide

Keine Bedenken

Hinweis:

Die Wohnbaufläche in 2. Reihe Lübbener Straße / Kranichweg wird als Bestand dargestellt. Eine Bebauung ist nicht vorhanden. Wenn die Fläche Bestandteil der Klarstellungs- und Abrundungssatzung ist, sollte dies ggf. in der Begründung dargelegt werden.

Ranzig

Geplante gemischte Baufläche unmittelbar an der Hauptstraße (B 87)

Die Fläche befindet sich im Einwirkungsbereich von Verkehrslärm der östlich angrenzenden B 87. Detaillierte Verkehrslärmuntersuchungen können in den sich anschließenden Verfahren durchgeführt werden.

Sonderbaufläche Photovoltaik-Freiflächenanlage

Keine Bedenken

Stremmen

Bedenken Taucher Chaussee 6 – Darstellung als Wohnbaufläche

Im Genehmigungsverfahren für die Sauen-, Mastschweineanlage wurde der Immissionsort Taucher Chaussee 6 im Hinblick auf Geräusche als Dorf-/Mischgebiet berücksichtigt.

Mit der Darstellung einer Wohnbaufläche erhöht sich der von der Tierhaltungsanlage zu berücksichtigende Schutzanspruch. Es wird darauf hingewiesen, dass der Bestandsschutz der Tierhaltungsanlage im weiteren Verfahren zu berücksichtigen ist.

Hinweise Siedlungsweg – Darstellung als Wohnbaufläche

Westlich der im FNP dargestellten Wohnbaufläche „Siedlungsweg“ in Stremmen befindet sich die Rinderanlage der Agrargenossenschaft Ranzig eG. Diese verfügt über eine genehmigte Tierplatzkapazität von 894 Rinder- und 180 Kälberplätzen. Die Güllelagerung erfolgt in 2 Güllebecken mit je 3.000 m³ Volumen.

Nach TA Luft Nr. 5.4.7.1 ist ein Mindestabstand zwischen Tierhaltungsanlagen und Wohnbebauungen von 100 m einzuhalten.

Der geforderte Abstand ist mit einer Entfernung von ca. 150 m von der Grenze der geplanten Wohnbaufläche zur Anlagengrenze (ca. 220 m zum nächstgelegenen Stall) eingehalten. Dennoch kann es an der Wohnbaufläche zu Geruchs- oder Lärmbelästigungen kommen. Aus der Vergangenheit sind keine Beschwerden bekannt.

Die Ortslage Stremmen ist geprägt durch die zwei nach BImSchG genehmigungsbedürftigen Tierhaltungsanlagen. Diese Standorte stehen nach Auffassung des LfU einer typischen Nutzung in Allgemeinen bzw. Reinen Wohngebieten entgegen. Analog zur Ortslage Ranzig wird empfohlen, die Ortslage Stremmen ebenfalls vollständig als gemischte Baufläche darzustellen.

Tauche

Bedenken Darstellung von Einzelgebäuden als Wohnbaufläche (siehe auch oben unter Allgemein - Darstellung von Einzelgebäuden im Außenbereich als Wohnbaufläche):

Beeskower Chaussee 41

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Fläche die Immissionsrichtwerte der TA Lärm für allgemeine Wohngebiete nicht eingehalten werden können.

Im Landesamt für Umwelt liegen aus der Überwachung der nach BImSchG genehmigungsbedürftigen Windkraftanlagen nördlich / nordöstlich Erkenntnisse zu den Auswirkungen der Anlagen vor. Ein Nutzungskonflikt ist zu erwarten, wenn im Bereich der geplanten Fläche höhere Erwartungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen bestehen, die über die eines Dorf- bzw. Mischgebietes hinausgehen. Der Immissionsrichtwert nach TA Lärm für Dorf- bzw. Mischgebiete von 45 dB(A) nachts wird im Bereich der Bebauung Beeskower Chaussee 41/42 eingehalten.

Leipeweg 4

Mit der Darstellung einer Wohnbaufläche erhöht sich der von der Tierhaltungsanlage / Biogasanlage zu berücksichtigende Schutzanspruch (Abstand ca. 200 m). Es wird darauf hingewiesen, dass der Bestandsschutz der nach BImSchG nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen im weiteren Verfahren zu berücksichtigen ist.

Am Bahnhof 7 und 8

Mit der Darstellung einer Wohnbaufläche erhöht sich der von der Schüttgasse I und II sowie weiterer gewerblicher Anlagen in der Straße „Am Bahnhof“ zu berücksichtigende Schutzanspruch (Abstand ca. 160 m). Es wird darauf hingewiesen, dass der Bestandsschutz der Anlagen im weiteren Verfahren zu berücksichtigen ist.

Geplante gemischte Baufläche Buckower Straße

Keine Bedenken

Sonderbaufläche Agri-PV

Keine grundsätzlichen Bedenken

Die Auswirkungen der Sonderbaufläche (hier: Blendwirkungen, Geräusche) auf die unmittelbar südwestlich angrenzende gemischte Baufläche sind in den nachgeordneten Verfahren zu untersuchen und zu bewerten.

Trebatsch

Geplante Wohnbaufläche Sabrodt / B 87

Der östliche Teilbereich der Fläche befindet sich im Einwirkungsbereich von Verkehrslärm der östlich angrenzenden B 87 sowie im Einwirkungsbereich von Gewerbelärm des gegenüberliegenden eingeschränkten Gewerbegebietes. Weiterhin befindet sich eine großflächige Lagernutzung unmittelbar südöstlich der Wohnbaufläche. Detaillierte Untersuchungen können in den sich anschließenden Verfahren durchgeführt werden.

Geplante gemischte Bauflächen

Keine Bedenken

Sonderbaufläche Photovoltaik-Freiflächenanlage

Keine Bedenken

Hinweis Flächenbilanz, S. 48

Nach Auffassung des LfU fehlt in der Flächenbilanz die Sonderbaufläche Photovoltaik-Freiflächenanlage.

Werder / Spree

Keine Bedenken

Hinweis

In Werder / Spree ist eine Sonderbaufläche BW dargestellt. In der Legende zur Planzeichnung findet sich keine Erklärung dazu.

Dieses Dokument wurde am 04.06.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	FNP für das Gemeindegebiet Tauche, LK LOS
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail:	Kirsten Genselin W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) 033201 442-441 Kirsten.Genselin@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

--

b) Rechtsgrundlage

--

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

--

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

--

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

--

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

--

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:

Das Referat W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zu genanntem Flächennutzungsplan zuletzt innerhalb der Gesamtstellungnahme des LfU vom 09.11.2022 eine Stellungnahme abgegeben.

Darin wurde insbesondere auf im Plangebiet vorhandene Oberflächenwasser- und Grundwasser-Messstellen, auf ein vorhandenes nach EU-WRRL berichtspflichtiges Landesgewässer I. Ordnung, auf vorhandene nach EU-WRRL berichtspflichtige Gewässer II. Ordnung und auf das sich im Plangebiet befindende HQ extrem Gebiet der Hochwasserrisikomanagementplanung hingewiesen.

Die in dieser Stellungnahme getroffenen Aussagen behalten weiterhin ihre Gültigkeit.

Bezüglich der aktuellen Beteiligung zu dem FNP für das Gemeindegebiet Tauche gibt es ergänzende Hinweise:

1. Hinweise zur Gewässerentwicklung / Hydromorphologie Oberflächengewässer / zum Moorschutz

(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 2, 4)

Für das Vorhaben „Krumme Spree - Herstellung von drei ingenieurbioologischer Buhnen unterhalb des Wehres Kossenblatt" liegt seit dem 08.03.2024 der Plangenehmigungsbeschluss vor. Für die nächsten Jahre ist weiterhin die Umsetzung des Vorhabens geplant.

Moorschutz:

Für die Erarbeitung des Umweltberichtes sind aktuelle Informationen zu Moorflächen auf der Moorbodenkarte des Landes Brandenburg (WMS-LBGR-MOORKARTE) mit Stand der Metadaten vom

01.02.2024 ersichtlich ([Geoportal Brandenburg - Detailansichtdienst](#)).

Weiterhin können Daten zu Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung (Download über: [Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung aus Bodenschutzsicht im Land Brandenburg - MetaVer](#)) abgerufen werden.

2. Hinweis zum Hochwasserschutz / Hochwasserrisikomanagement

(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG §126 (3), Satz 3, Punkt 8)

In der Planzeichnung steht „Hochwasserschutz HQ₁₀₀ - § 9 Abs. 8 BauGB“. Weder die Bezeichnung noch der beziehende Paragraph sind korrekt.

Richtigerweise muss es heißen „Festgesetzte Überschwemmungsgebiete und Hochwasserrisikogebiete - § 5 Abs. 4a BauGB“.

Kirsten Genselin

Dieses Dokument wurde am 27.05.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Naturschutz
Belang	Naturschutz
Vorhaben	Flächennutzungsplan für die Gemeinde Tauche Entwurf Januar 2025
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail:	Herr Preuß N5 (033768)969-25 carsten.preuss@lfu.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

Zu Kapitel 3.2 Ziele der gemeindlichen Entwicklung / Leitbild

Zum Absatz 186 (Tourismus):

Eine intakte Natur und Landschaft ist eine wichtige Voraussetzung für attraktive Angebote für nachhaltigen Tourismus und Erholung. Umgekehrt kann der Tourismus durch bewusstes Reise- und Freizeitverhalten zum Schutz der Natur beitragen. Für beide Aspekte müssen Naturräume und Ressourcen trotz Nutzung schonend behandelt werden. Naturparke eignen sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen ganz besonders für die Erholung und bieten die besten Voraussetzungen für einen nachhaltigen, natur- und klimaschonenden Tourismus in ländlichen Regionen.

Absätze: 191, 192 (Umwelt Klima): Natur in Gemeinden steigert die Lebensqualität, sorgt für ein gesünderes Wohn- und Arbeitsumfeld und bietet vielfältige Erholungsmöglichkeiten. Hier können Kinder – und nicht nur sie – die Vielfalt der Natur hautnah erleben und ihren Wert schätzen lernen.

Zunehmend wünschen auch Bürgerinnen und Bürger die naturnahe Gestaltung und eine „ökologische Pflege“ der Freiräume in den Gemeinden.

Trotz der bedeutenden Fortschritte im Gewässerschutz vor Schadstoffeinträgen und Überdüngung in den letzten Jahren bleibt dieser Bereich eine wichtige Aufgabe auch der Gemeinden. Die Gemeinde Tauche kennt die Bedeutung des Gewässerschutzes und zeigt ein großes Engagement, ihre Seen und Fließgewässer in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen. Die Gewässer sind nachhaltig zu bewirtschaften, insbesondere mit dem Ziel, ihre Funktions- und Leistungsfähigkeit als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu erhalten und zu verbessern.

Während der Zugzeiten im Herbst und Frühjahr rasten tausende von Wasservögeln im Gebiet der Kossenblatter Seen. Ein dauerhafter Schutz der Gänse in den wichtigsten Rastgebieten soll gewährleistet werden.

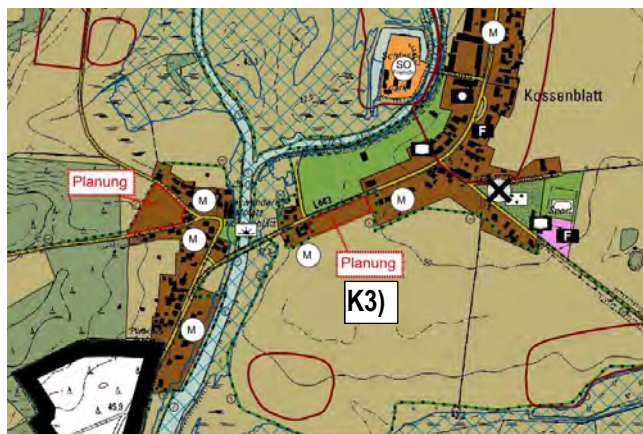
Zu den Einzelflächen:

Eine Nummerierung der Flächen fehlt im FNP. Insofern sind die jeweiligen Flächen als Bild mit eigener Nummerierung eingefügt.

Kossenblatt:



K1) Die geplante Mischgebietsfläche nördlich der Straße (Schleusenweg) liegt im Landschaftsschutzgebiet. Insofern ist auf die beabsichtigte Bebauung zu verzichten. Die Bebauung würde landschaftsästhetisch erheblich sein und den Zielen des Landschaftsschutzgebietes entgegenstehen. wird als erheblich bewertet. Zudem würde es für ähnlich gelagerte Fälle im Gemeindegebiet Vorbildfunktion entfalten. Landschaftsästhetisch bedenklich ist auch die geplante Mischgebietsfläche südlich der Straße. Die Realisierung der Planung würde hier den Blick zur Niederung des Kossenblatter Mühlenfließes verbauen. Gleiches gilt für die westlich der Straße (Görsdorfer Weg) befindlichen Fläche K2).



K3) Die geplante Mischgebietsfläche südlich der Lindenstraße liegt im Landschaftsschutzgebiet. Insofern ist auf die beabsichtigte Bebauung zu verzichten.

Giesensdorf/Wulfersdorf:

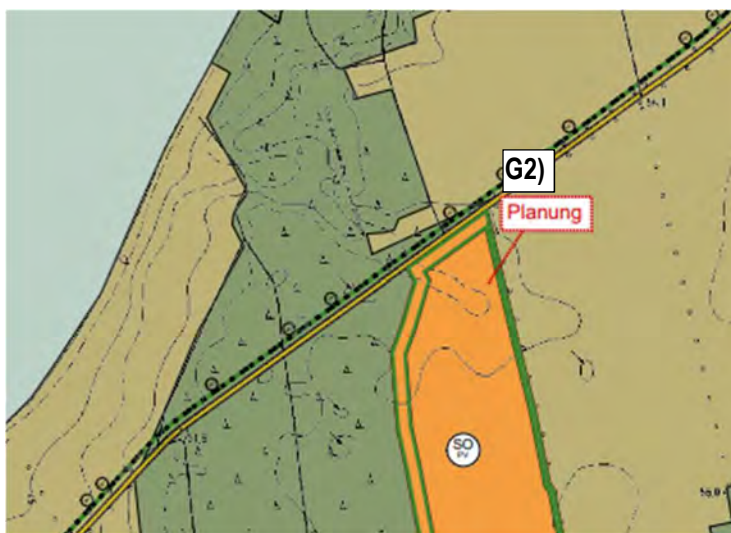


G1) Die Grenze des Landschaftsschutzgebietes ist nicht korrekt dargestellt. Die LSG-Grenze ist die Straße. Die Flurstücke 151, 152, 153, 154 und 155 in der Flur 1, Gemarkung Giesensdorf liegen vollständig im LSG. Der Auszug aus den Originalkarten ist hier als Bild beigelegt.



Ausschnitt aus der Flurkarte,
Gemarkung Giesensdorf mit LSG-Grenze.

Insofern ist auf die beabsichtigte Bebauung zu verzichten. Die Bebauung würde landschaftsästhetisch erheblich sein und den Zielen des Landschaftsschutzgebietes entgegenstehen. wird als erheblich bewertet. Zudem würde es für ähnlich gelagerte Fälle im Gemeindegebiet Vorbildfunktion entfalten.



G2) Die geplante PV-Anlage ist nur knapp 500 Meter vom Großen Kossenblatter See entfernt. Insbesondere während der Zugzeiten im Herbst und Frühjahr rasten tausende von Wasservögeln im Gebiet der Kossenblatter Seen. Insofern ist die Nähe der PV-FFA bzw. Teile der PV-FFA zu den Kossenblatter Seen problematisch.

Freiflächen-PV-Anlagen heben sich aufgrund der regelmäßigen inneren Strukturen (Gliederung der Anlage in einzelne Modulpaneele oder –reihen, z.T. mit dazwischenliegenden Wegen), der äußeren Umrissse der Anlage (flächiges Erscheinungsbild bei Betrachtung aus größerem Abstand) von anderen sichtbaren Objekten in der Landschaft ab. Sie sind dadurch in der Landschaft auffällig und können zu Wirkungen u.a. auf Tiere sowie auf das Landschaftsbild führen. Zwar liegt die Anlage außerhalb des LSG, hat aber dennoch Auswirkungen auf das LSG.

Die Unterbrechung der Horizontlinie - wie oben erwähnt - kann zu Landschaftsbildbeeinträchtigungen oder auch zu einer Entwertung von Teilebensräumen von typischen Offenlandvögeln (z.B. viele Wiesenvögel, rastende Wasservögel) führen. Dies liegt u.a. daran, dass jede Vertikalstruktur als Ansitzwarte für Prädatoren (z.B. Krähenvögel, Mäusebussard) dienen kann, die für im Umfeld nistende Bodenbrüter und deren Junge eine große Gefahr darstellen und daher als Brutplatz gemieden werden. Für rastende Gänse oder Limikolen ist vor allem die gute Einsehbarkeit der Umgebung aus Gründen der Feindvermeidung (z.B. durch sich annähernde Füchse) von Bedeutung, die durch Vertikalstrukturen eingeschränkt wird.

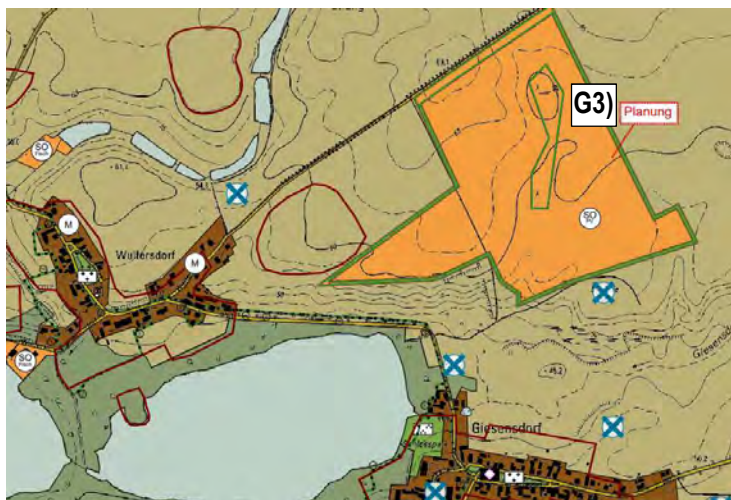
Visuelle Wirkungen und optische Emissionen von PV-FFA können auf vielfältige Weise entstehen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang u.a. die Konturen der Anlage, Lichtreflexion an streuenden oder spiegelnden Oberflächen, Änderungen des Spektral- und Polarisationsverhaltens des reflektierten Lichtes oder auch aktive Ausleuchtung von Teilen des Betriebsgeländes. Die Module wie auch die Tragekonstruktionen von PV-FFA reflektieren einen Teil des Lichts. Gegenüber vegetationsbedeckten Flächen erscheinen sie daher in der Landschaft in der Regel als hellere Objekte und können dadurch störend für das Landschaftsbild wirken. Die Moduloberflächen erscheinen bei Ansicht aus größerer Entfernung häufig mit einer ähnlichen Helligkeit wie der Himmel.

Trifft Sonnenlicht auf ein transparentes, nichtmetallisches Medium (z.B. eine Glasplatte oder Wasseroberfläche), so wird es zum Teil reflektiert und zum Teil im Medium gebrochen. Den Unterschied zwischen Wasseroberfläche und Glasplatten der PV-FFA können beispielsweise Vögel nur schwer wahrnehmen.

Da die Kossenblatter Seen insbesondere in den Zugzeiten im Herbst und Frühjahr Rastgebiet für tausende von Wasservögeln sind, sollten die PV-FFA nicht in der Nähe zu den Kossenblatter Seen errichtet werden.

Für Mittel- und Großsäuger entsteht durch die Umzäunung des Betriebsgeländes meist ein vollständiger Lebensraumzug.

Die Inanspruchnahme größerer Landschaftsteile können als Beeinträchtigung für die Erholungsnutzung auch in der weiteren Umgebung empfunden werden (Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes).



G3) Die geplante PV-Anlage ist nur etwa 150 Meter vom Giesensdorfer Teich entfernt. Insbesondere während der Zugzeiten im Herbst und Frühjahr rasten tausende von Wasservögeln im Gebiet der Kossenblatter Seen. Insofern ist die Nähe der geplanten PV-FFA, bzw. Teilen der PV-FFA, zum Giesensdorfer Teich problematisch.

Freiflächen-PV-Anlagen heben sich aufgrund der regelmäßigen inneren Strukturen (Gliederung der Anlage in einzelne Modulpaneele oder –reihen, z.T. mit dazwischenliegenden Wegen), der äußeren Umrisse der Anlage (flächiges Erscheinungsbild bei Betrachtung aus größerem Abstand) von anderen sichtbaren Objekten in der Landschaft ab. Sie sind dadurch in der Landschaft auffällig und können zu Wirkungen u.a. auf Tiere sowie auf das Landschaftsbild führen. Zwar liegt die Anlage außerhalb des LSG, hat aber dennoch Auswirkungen auf das LSG.

Die Unterbrechung der Horizontlinie - wie oben erwähnt - kann zu Landschaftsbildbeeinträchtigungen oder auch zu einer Entwertung von Teilebensräumen von typischen Offenlandvögeln (z.B. viele Wiesenvögel, rastende Wasservögel) führen. Dies liegt u.a. daran, dass jede Vertikalstruktur als Ansitzwarte für Prädatoren (z.B. Krähenvögel, Mäusebussard) dienen kann, die für im Umfeld nistende Bodenbrüter und deren Junge eine große Gefahr darstellen und daher als Brutplatz gemieden werden. Für rastende Gänse oder Limikolen ist vor allem die gute Einsehbarkeit der Umgebung aus Gründen der Feindvermeidung (z.B. durch sich annähernde Füchse) von Bedeutung, die durch Vertikalstrukturen eingeschränkt wird.

Visuelle Wirkungen und optische Emissionen von PV-FFA können auf vielfältige Weise entstehen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang u.a. die Konturen der Anlage, Lichtreflexion an streuenden oder spiegelnden Oberflächen, Änderungen des Spektral- und Polarisationsverhaltens des reflektierten Lichtes oder auch aktive Ausleuchtung von Teilen des Betriebsgeländes.

Die Module wie auch die Tragekonstruktionen von PV-FFA reflektieren einen Teil des Lichts. Gegenüber vegetationsbedeckten Flächen erscheinen sie daher in der Landschaft in der Regel als hellere Objekte und können dadurch störend für das Landschaftsbild wirken. Die Moduloberflächen erscheinen bei Ansicht aus größerer Entfernung häufig mit einer ähnlichen Helligkeit wie der Himmel.

Trifft Sonnenlicht auf ein transparentes, nichtmetallisches Medium (z.B. eine Glasplatte oder Wasseroberfläche), so wird es zum Teil reflektiert und zum Teil im Medium gebrochen. Den Unterschied zwischen Wasseroberfläche und Glasplatten der PV-FFA können beispielsweise Vögel nur schwer wahrnehmen.

Da die Kossenblatter Seen insbesondere in den Zugzeiten im Herbst und Frühjahr Rastgebiet für tausende von Wasservögeln sind, sollten die PV-FFA nicht in der Nähe zu den Kossenblatter Seen bzw. zum Giesensdorfer Teich errichtet werden.

Zudem befindet sich auf den Flurstücken 130, 131;2, 131/1, 132/2, 132/1, 132/2, 133/1, 111/2 und 111/3 in der Gemarkung Wulfersdorf, Flur 1, ein Niederungsbereich mit Kleingewässern, der als Brutplatz, beispielsweise für Kraniche, dient. Der Verbund dieses Kleingewässerbereiches mit den Kossenblatter Seen würde durch die PV-FFA beeinträchtigt.

Für Mittel- und Großsäuger entsteht durch die Umzäunung des Betriebsgeländes meist ein vollständiger Lebensraumzugang.

Die Inanspruchnahme größerer Landschaftsteile können als Beeinträchtigung für die Erholungsnutzung auch in der weiteren Umgebung empfunden werden (Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes).

b) Rechtsgrundlage

- Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Dahme-Heideseen“ vom 11. Juni 1998 (GVBl.II/98, [Nr. 19], S.454), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Dezember 2004 (GVBl.II/04, [Nr. 37], S.902)
- Erklärung zum Naturpark „Dahme-Heideseen“ vom 24. Juli 1998 (ABl./98, [Nr. 33], S.720)

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Fachliche Stellungnahme	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
Prieros, 15.05.2025	

Dieses Dokument wurde am 15.05.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.
--